



Aids-Test bei Blutkonserven

Aids: AOK will klagen

Die Medizinkatastrophe bei den Blutern – 3000 von ihnen sind Aids-infiziert, weil sie mit Viren verseuchte Blutplasmen bekamen – hat auch die Krankenkassen alarmiert. Franz Josef Oldiges, Geschäftsführer des AOK-Bundesverbandes in Bonn, teilte vergangene Woche seinen Landesverbänden mit, daß die AOK sich die Kosten der Aids-Behandlung von den Herstellern erstatten lassen wolle. Nachdem schon die Bluter selbst Riesen-Regresse ankündigten, kommen jetzt auf die Hersteller und Importeure der sogenannten Faktor-VIII-Präparate neue Millionenforderungen zu. Zur Sicherung ihrer Ansprüche und zur „Vorbereitung möglicher außergerichtlicher oder gerichtlicher Schritte“ wollen die Krankenkassen „besonders

geeignete oder ungewöhnliche Fallgestaltungen für eventuelle Musterprozesse“ auswerten.

Mogelpackung

Umweltminister Walter Wallmann wirbt mit einer Mogelpackung um Wählerstimmen. Als Reaktion auf die Chemieunfälle am Rhein präsentiert er den Entwurf einer neuen „Störfall-Vorsorge-Verordnung“. Angeblich gilt diese schärfere Verordnung künftig für wesentlich mehr Firmen. Doch in einer versteckten Bestimmung werden den meisten der betroffenen Unternehmen entscheidende neue Auflagen wieder erlassen: Ihnen bleibt nach wie vor erspart, bei den Behörden eine Sicherheitsanalyse zu hinterlegen, Gefahrenabwehrpläne auszuarbeiten und die Arbeitnehmer über

Wackersdorf in der Krise

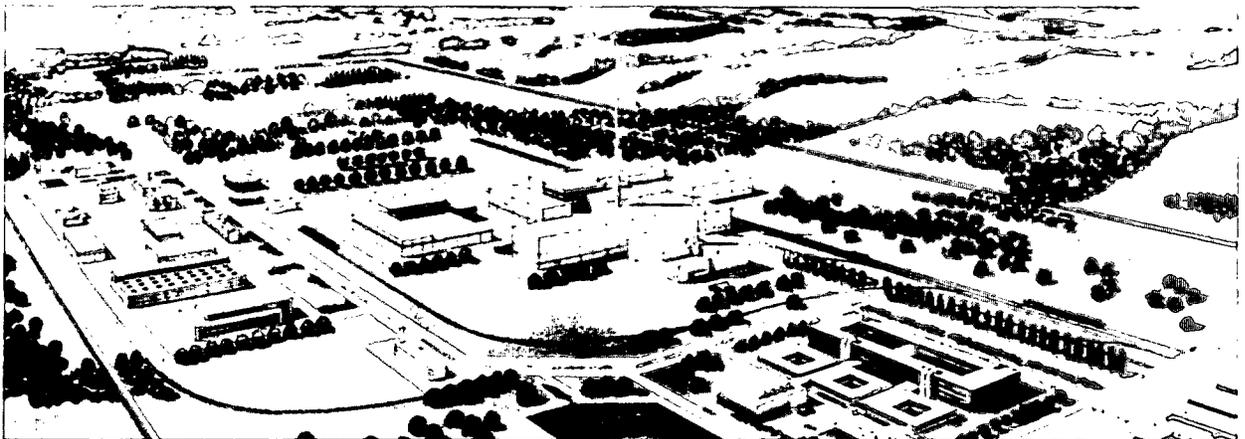
Noch am letzten Mittwoch bekannte sich Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung entschlossen zur Vollendung der Wiederaufarbeitungsfabrik im bayrischen Wackersdorf. Zur selben Zeit steckt das Projekt in einer Krise. Das Ende kommt in Sicht. Mitte März informierte die Kraftwerk Union (KWU), Generalunternehmer für den Bau der Fabrik zur Wiederaufarbeitung abgebrannter nuklearer Brennelemente, ihren Auftraggeber, die vereinbarten Kosten und Zeitpläne seien nicht einzuhalten. Statt sechs Milliarden Mark werde die chemische Fabrik zur Nutzung des Atommülls Herstellungskosten von 7,4 Milliarden Mark verschlingen; statt 1997 werde sie frühestens 23 Monate später, also erst zur Jahrtausendwende, fertig werden.

Die Schuld an dem Debakel schoben die KWU-Ingenieure ihrem Auftraggeber zu, der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK). Bei der Überprüfung der noch von der DWK erarbeiteten technischen Konzeption und der Unterlagen des seit 1982 laufenden atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens fanden die KWU-Techniker so viele Mängel, daß sie die Konsequenzen zogen. Ihr Vertrag mit der DWK, verlangten sie, müsse den neuen Umständen angepaßt, finanziell aufgestockt und zeitlich gestreckt werden.

Mögliche Folge: Wegen der weitreichenden technischen Änderungsvorschläge muß, so fürchtet der DWK-Vorstand, das gesamte atomrechtliche Verfahren neu aufgerollt werden.

Erste Anzeichen für Schwierigkeiten waren schon vor einigen Wochen erkennbar. Damals hatte die DWK überraschend darauf verzichtet, die in der ersten Teilerrichtungsgenehmigung gegebene Erlaubnis zum Ausheben der Baugrube für das Hauptprozeßgebäude zu nutzen. Man brauche sie im jetzigen Stadium noch nicht. Der wahre Grund: Die Ausmaße des geplanten Gebäudes sind inzwischen so geändert, daß sie mit den Maßen der beantragten Baugrube nicht mehr übereinstimmen.

Bisher ist dem DWK-Vorstand nur ein windiger Ausweg eingefallen: Die französische Firma Société générale pour les techniques nouvelles (SGN) solle die KWU-Einwände prüfen und – wenn sie zu erfreulicheren Erkenntnissen kommt – der KWU Konkurrenz machen und die Anlage im Rahmen des ursprünglichen DWK-Konzeptes bauen.



Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf (Zeichnung)